

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Litauen M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 206.

Dresden, Dienstag den 7. September 1909.

20. Jahrg.

## Landtagswähler! Seht die Wählerlisten nach!

### Das Duell.

Wie die Militär-Politische Korrespondenz kürzlich mitteilte, soll eine kaiserliche Kabinettsorder in Vorbereitung sein, welche erweiterte Vorschriften wegen Verhütung von Duellen unter den Offizieren bringen soll. Bisher sind vorgetretene Zweifel in der Behandlung ehrengerichtlicher Angelegenheiten, u. a. auch die bekannte Planenburg-Duellaffäre, den Anlaß zur Neubearbeitung und Ergänzung von Vorschriften der alten Verordnung vom 2. Mai 1874 gegeben haben. Die Einleitung dieser Verordnung vom Jahre 1874 heißt aber in nicht mißverständlicher Weise:

„Ein Offizier, welcher in irgendeiner Weise die Ehre eines Mannes in frevelhafter Weise zu verletzen, werde ich ebenso in meinem Heere dulden wie einen Offizier, der eine Ehre nicht zu wahren weiß.“

Es hat nie ein Zweifel darüber bestanden, daß mit dieser Verordnung die Offiziere bei Strafe ihrer Entlassung aus dem Heere gezwungen werden, sich an einem Duellkampfe zu beteiligen, entweder durch Forderung des Verleiders oder durch Annahme einer Forderung, und da der Duellkampf eine scharfe Handlung ist, so werden die Offiziere damit gezwungen, die Gesetze in schärferer Weise zu befolgen. Jeder Offizier, der sich bisher weigerte, an einem solchen Duellkampfe — was das Duell doch zweifellos — teilzunehmen, mußte seinen Abschied nehmen. Und geringfügig oftmals der Anlaß ist, wegen dessen ein Offizier den Mord begangen soll oder sich vielleicht von seinem eigenen Leibwächter todschießen lassen soll, hat die Planenburg-Affäre aber gezeigt. Ein junger, verheirateter Offizier wird nach seiner Festsetzung verurteilt, die Braut eines anderen Offiziers zu heiraten. Sieh in angeleiteter Stimmung lebend, verliert er unterwegs das Mädchen zu Fuß. Dies erzählt den harmlosen Vorfall später einmal ihrem Gemahl, der hierin aber — in Uebereinstimmung mit dem Verurteilten — eine schwere Verleumdung seiner Offizierswürde erblickt, daß er den Kameraden fordert und im Duell beschließt.

Der Duellkampf wird auch außerhalb der Offizierskreise den Reihen der Besessenen und vieler sogenannter „Geldeten“ noch ausgeübt. Würden diese Heuchelverbrechen in der Gesetzgebung und den Gerichten behandelt und bestraft werden, dann läge keine Veranlassung vor, sich mit dem Duellkampfe insbesondere zu beschäftigen. Wir könnten uns dann damit begnügen, die einzelnen Fälle unter die allgemeinen Heuchelverbrechen zu registrieren, die Opfer zu bedauern und darauf hinzuwirken, daß die Heuchel in den gebildetsten Kreisen nicht minder tritt wie in den untersten Schichten der ungebildeten Volks. Mord und Totschlag werden schließlich von Angehörigen aller Gesellschaftsklassen verübt. Aber wenn ein ungebildeter Bauernburche oder Arbeiter im Kaufswech im Affekt einen anderen niederschlägt, weil er sein Mädchen nicht auf dem Hofe hat, kommt er minderbekannt auf viele Jahre ins Zuchthaus, denn nicht auf dem Hofe. Der Duellant dagegen erhält für die gleiche Tat im schlimmsten Falle einige Jahre Freiheitsstrafe, die er nicht einmal ganz zu verbüßen braucht, da in der Regel die Begnadigung bald eintritt. Wohl findet das Duell auf beiderseitige Vereinbarung statt. Aber nicht einmal nach dieser Strafgesetzgebung ist aus diesen Gründen eine mildere Behandlung der Tötung oder Körperverletzung gerechtfertigt. Denn, so sagte der Leipziger Rechtsgelehrte Professor Dr. Carl Binding in seinem Vortrage in der Gehe-Stiftung in Dresden am 2. Dezember 1906 über den Duellkampf und das Gesetz, „nicht einmal die direkte Einwirkung in die Tatung schließen nach dem Gesetzbuch die §§ 211 und 212 die Absicht des Mordes und die ordentliche Totschlagsstrafe aus. Und wenn zwei Schmiedegesellen sich nach genau verbundener Regel mit Schmiedehämmern duellieren, und der eine erschlägt den anderen, so fehlt weder der geordnete Kampf noch die eventuelle Einwilligung, und doch wird nicht die Freiheitsstrafe, sondern die Mord- oder Totschlagsstrafe gegen ihn verhängt.“ Ein Duellkampf, der nur mit Festhaltung bestraft wird, ist nach dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nur dann vorhanden, wenn er mit „tödlichen Waffen“ (§ 201) und nach vereinbarten oder hergebrachten Regeln (§ 206) stattfindet. Der Mord oder Totschlag muß also nach Vereinbarung und mittels Pistolen, Säbeln und dergleichen Waffen vorgenommen werden. Unter diesen Bedingungen können sich auch Bauernburche oder Arbeiter duellieren und werden nur nach dem Duellparagrafen bestraft werden können. Daß in diesen Kreisen des Volkes ein Duell aber gar nicht vorkommt, liegt in dem ganzen Wesen des Duellkampfes.

Der Duellkampf, wie er heute noch fortlebt, ist nicht aus dem allgemeinen Duellkampf-Ordnung erwachsen, sondern im 16. Jahrhundert im Söldnerweber aufgenommen, als gewöhnlicher Straßenaufstand berüchtigter Soldaten. Er entstand also in der Zeit der größten Verwilderung, und wurde

schließlich von den vollkommenen Junkern zu einer Sitte der „Kavalierier“ entwickelt. Das Bürgertum hat diese Unsitte dann nachgedrückt und eine „Standesitte“ daraus gemacht, als welche das Duell heute noch in den Reihen der Besessenen gilt. Mord und Totschlag werden von Angehörigen der Besitzlosen im allgemeinen nur im Affekt oder im Kaufswech oder von verbrecherischen Elementen begangen. Sieh nach reichlicher Ueberlegung und unter Beobachtung besonderer Regeln gegenseitig todschlagen oder todschließen — das ist ein Privilegium der besessenen Klassen. Mit höchstentwickeltem Ehrgefühl hat der Duellmord so wenig zu tun, wie daß er von einem besonderen Mut zeugt. „Das wäre eine jämmerliche Ehre“, meinte Binding in seinem erwähnten Vortrage, der kürzlich in dritter Auflage in Buchform erschienen ist, „eine Ehre, die nicht gestohlen werden dürfte, wenn sie mir gestohlen werden könnte.“ Und wie jämmerlich mühte es erst um die Ehre bestellt sein, wenn diese dadurch wiederhergestellt sein sollte, daß der Verleidge seine Gegner niederschlägt oder sich selbst niederschlägt. „Es hat in der Weltgeschichte nursoße Schurken in Masse gegeben“, meinte Binding, „ich erinnere nur an Richard III. und wie die Verbrechen der Welt kennt, weiß, mit welcher gefährlichen Verwegenheit die abschrecklichsten, ehrlosesten Anschläge vielfach zur Durchführung gelang.“ Die gleiche Wutrode wie der Verleidge besteht in im Duellkampfe auch der Besessenen. Hört aber der Verleidge auf, einer elenderen Schurke zu sein dadurch, daß er sich schlägt? In den meisten Fällen ist aber auch die Teilnahme an einem Duell lediglich Feigheit, der „Standesitte“ zu tragen. Nichts anderes ist ja das Duell, als eine rote Sitte aus den vornehmsten Zeiten, die in den Reihen der Besessenen aber bisher noch so mächtig war, daß sich ihr selbst ein Vosske nicht glauben entstehen zu können!

In jüngster Zeit ist die Gegnerschaft gegen das Duell zweifellos auch in den Reihen des Bürgertums stark gewachsen und die meisten der Duellanten scheitern wohl nur noch deshalb zum Duellkampfe, weil sie sonst eine gesellschaftliche Achtung in ihren Kreisen oder gar eine Vermeidung ihrer Existenz bedürften. Mit Gesetzen allein kann man allerdings so verbrecherische Sitten wie das Duell nicht beseitigen, solange es bürgerliche oder junkerliche Kaufsolde gibt, welche sich einbilden, daß sie eine besondere Ehre haben, die, wenn sie beschmüzt wurde, nur wieder mit dem Blute eines gemordeten Menschen reingewaschen werden könne. Aber wenn, was ja auch Binding fordert, das Duell wie jeder gemeine Mord oder Totschlag bestraft wird, und der Duellant, wie jeder andere Mörder, ins Zuchthaus kommt — dann schwindet die Einbildung von der besonderen Ehre sofort, wie in England, wo seit 1844 der Duellkampf verbotlich ist. Die besondere Behandlung der Duellmörder in der Gesetzgebung ist ein Ausdruck der Klassengegner und eine Verhöhnung des Rechts. Wehr aber noch der Zwang der Offiziere, sich unter Umständen zu duellieren, also die Gesetze verletzen zu müssen! Es steht nicht zu erwarten, daß durch die neue Kabinettsorder dieser Zwang beseitigt und der Duellkampf der Offiziere — wie es das Gesetz verlangt — verboten würde. Aber wie kann man denn vom Volke verlangen, daß es die Gesetze achten soll, solange berartige Beispiele zur Mißachtung der Gesetze gegeben werden?

### Deutsches Reich.

Von der Blindholzschnitzer.

Die Blindwarensteuer soll offenbar ganz besonders streng gehandhabt werden. Ueber die zu erwartenden Ausführungsbestimmungen weiß eine offiziöse Korrespondenz folgendes mitzuteilen: „Sind Blindholzer an beiden Enden mit Blindmasse versehen oder in einer Art hergestellt, die das Abtrennen von weiteren gebrauchsfähigen Blindstücken ermöglicht, so sind für die Besteuerung sowohl Blindholzer in Anlage zu bringen, als gebrauchsfähige Stäbchen daraus hergestellt werden können. Der Reichskanzler ist ermächtigt, auch bengalische Blindholzer und Hölzer, die durch Paraffinieren, Schwefeln oder auf andere Weise derart vorgerichtet sind, daß sie ohne Verletzung mit Feuer durch Eintauschen in eine Flüssigkeit oder auf anderem Wege zur Entflammung gebracht werden können, für steuerpflichtig zu erklären.“

Mit dieser Bestimmung soll einer beabsichtigten Umgehung der Steuer vorgebeugt werden, die darin bestehen könnte, daß man der Blindmasse gewöhnlicher Hölzer einen Kohlenstoff beibringt, der sie als bengalische Blindholzer charakterisieren würde. Ebenso soll hierdurch die Fabrikation sogenannter Luchthölzer der Besteuerung unterworfen werden, die ohne äußerlich sichtbare Blindmasse hergestellt werden.

Auf jeder Schachtel ist Name und Wohnort des Herstellers deutlich erkennbar anzubringen. Zur Erleichterung der

\* Die Ehre. Der Duellkampf. Zwei Vorträge von Dr. Carl Binding. Leipzig. Voelgel von Dunder u. Humblot. 1909.

Steueraufsicht kann der Reichskanzler für die Blindwarenfabriken auch Unterscheidungsnummern vorschreiben, die neben der Beschriftung des Herstellers anzubringen sind; die vorhandenen Vorräte von anderen Packungen dürfen jedoch bis Ende 1910 aufgebraucht werden.“

Um die Latenteuer suchte sich eine große Anzahl Aktiengesellschaften dadurch zu drücken, daß sie vor dem Inkrafttreten des Reichsstempelgesetzes Bindbogen auf diese Jahre hinaus ausgaben. Jetzt hat der Bundesrat in den Ausführungsbestimmungen zum Stempelgesetz einschränkende Bestimmungen erlassen, die dahin gehen, daß von der Steuer nur solche Bindbogen befreit sind, die in geschäftsmäßiger Reihenfolge ausgegeben, auf eine Zinsperiode lauten, die mit ihrem Anfangszeitpunkte in die Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes fällt.

Die Nordd. Allgem. Ztg. bringt eine zwei Spalten lange Begründung dieser bundesräthlichen Bestimmung.

### Weitere Enthüllungen Burckoffs.

Die Berliner Mittagszeitung D. Z. veröffentlicht eine Unterredung ihres Mitarbeiters mit dem wieder in Paris weilenden russischen Revolutionär Burckoff. Nachdem sich Burckoff über Einzelheiten im Falle Zujewenko geäußert hatte, machte er noch die Mitteilung, daß er in einem Monate, spätestens aber in sechs Wochen, mit neuen Enthüllungen hervortreten werde. Nach seiner Ueberzeugung werden dadurch die russischen Machthaber und die öffentliche Meinung noch mehr revolutioniert, als durch alles, was bisher veröffentlicht worden ist.

Ueber seinen Aufenthalt in Berlin und Paris sagt Burckoff: Während meines Aufenthaltes in Berlin bin ich auf Schritt und Tritt von russischen Spionagen verfolgt worden. Ueberall bemerkte ich in den Straßen von Berlin sechs bis zehn Individuen, die unauffällig auf dem Trottoir mir vorangingen oder folgten und mich nicht aus den Augen ließen. Ich hatte nicht die geringste Angst vor ihnen. Man hätte mir sogar geraten, in keinem Berliner Hotel, wo ich abgeblieben würde, meine Wohnseiten einzunehmen, aus Besorgnis, daß die Spiesken vergiftet sein könnten. Abgesehen davon, daß ich mich in jedem deutschen Hotel so sicher fühle wie in meiner eigenen Wohnung, kenne ich überhaupt die Angst vor Vergiftung nicht. In Paris selbst, so fügte Burckoff noch hinzu, habe ich nichts zu besorgen. Die russische Regierung hat übrigens alles Interesse, mich hier ungeschoren zu lassen. Sie wird es nicht wagen, nur durch ihre Agenten auch mir ein Haar krümmen zu lassen.“

Dem Berliner Korrespondenten des Rußojose Stowo hat die Helfershelferin des Genlergaren, Sinaida Zujewenko, zu ihrer Rechtfertigung noch einiges aus ihrem Leben erzählt, um zu beweisen, daß sie niemand „durch Provokationen“ ins Unglück geführt habe. Darunter ist folgende, ihren Charakter aufs schärfste beleuchtende Begebenheit:

Im Mai dieses Jahres hat in Paris der Selbstmord der Revolutionärin Tatjana Lapina großes Aufsehen erregt. In einem hinterlassenen Briefe, der feinergeit durch die russische Presse ging, hatte die Lapina erklärt, daß sie sich das Leben nehme, weil die Entladung der Bombe, an den sie wie an einen Gott glaube, ihr den Glauben an die Menschheit und besonders an ihre Sache genommen habe. Lapina, die fast ihr ganzes Leben im Kerker und in Sibirien zugebracht hat, war die intime Freundin der Zujewenks. Dieser war bekannt, daß man, wenn auch ohne Grund, der Lapina gegenüber im Zentralkomitee mißtrauisch war. Trotzdem hat sie diesen Verdacht ohne Grund, um sich selbst zu schützen, genährt. Als sie mit der Lapina zusammentraf, sagte sie ihr, daß man im Zentralkomitee gegen sie nichts habe, und daß sie sich gegen die Botenworte rechtfertigen solle. Gleichgültig war sie alles beim Komitee, um die Lapina zu verdammen. Die natürliche Folge war, daß das unglückliche Mädchen in Paris mit Mißtrauen empfangen wurde. Trotz ihrer Versicherungen, sie sei absolut rein, glaubte man dennoch den lägenhaftesten Verdächtigungen der Zujewenks und hielt sie von der revolutionären Arbeit fern. Diese Verdächtigungen, die einzig und allein aus den Angaben der Zujewenks beruhten, wurden der Grund für den Selbstmord der Lapina.

Trotzdem die Zujewenks diese Tatsachen zugibt, so berichtet der Korrespondent, will sie nicht einsehen, daß sich diese ihre Handlungswiese als Verrat der allergeringsten Art darstellt.

Wehnlich trug sich folgender Fall zu: Vor wenigen Wochen erst kam zu ihr auf der Reise nach Rußland einer ihrer Freunde aus der revolutionären Partei, der von ihrer Entlassung noch nichts wußte. Sie ließ sich von ihm über seine Tätigkeit berichten, gab ihm Rat und Hilfe und außerdem Tips für seinen Aufenthalt in Rußland. Saum hatte er ihre Wohnung verlassen, so benachrichtigte sie auch schon die Grenzgendarmen, die ihren Freund sofort an der Grenze verhaftete. Sein weiteres Los kann man sich denken.

Solche elende Kreaturen wie die Zujewenks sind die reich besoldeten „Schüler des Javens“.

### Glänzender Stimmenszuwachs.

Bei der Landtagswahl im Wahlkreis Neukirch u. Edenkoben (Pfalz) erhielten Dr. Sommerichmidt (lib.)

umfassen  
Geot. und Geogr.

1770 Stimmen (Jahre) 1900 und Dr. Adersmann (Jahre) 1900 Stimmen. Dr. Hammerstein: 1770 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Die Wahl ist dreimännig. Bei der Hauptwahl am 11. Mai 1907 erzielten die Liberalen und der Bund der Landwirte: 1770 Stimmen und Dr. Hammerstein 5812 Stimmen.

Es ist kaum zu erwarten, dass die Konservativen bei 2 Abgeordneten ein Bild des konservativen Abgeordneten Kalfewitz (des Vizepräsidenten des Reichstages) bei 4 Abgeordneten eine „Weltkarte“ bei 10 Abgeordneten eine Landkarte der Welt respektive Landkarte von Europa, bei 10 Abgeordneten eine Landkarte und eine „Weltkarte“, bei 10 Abgeordneten beide Landkarten, bei 15 Abgeordneten beide Landkarten und eine „Weltkarte“.

Ein „Liebesbrief“. Vom deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Jakob erdelt der Berliner Lokal-Anzeiger eine eigentümliche Mitteilung. Er ist unter dem Pseudonym „Lieserl“ ein junges Mädchen als Verfasserin gedeutet und im Verlaufe der Unterredung einem Abgeordneten einen Brief geschickt haben, in dem es u. a. heißt, daß das Ehepaar mit der Reichsbesitzerin das Leben und die Arbeiten der Liebe in Hörsingher und feillicher Gemeinshaft genießen wolle.

Tabaksteuer. Zur Frage der Nachbesteuerung der Tabakwaren hat die Reichsregierung am 2. September berichtet: Der Hersteller darf, wie beim alten Gesetz, einen Monat lang, der Verkäufer und Händler zwei Monate lang nach dem 1. September die angemeldeten Waren ohne Nachbesteuerung verkaufen.

Das wird uns aus den Kreisen des Verbandes der deutschen Tabakwaren-Industrie mitgeteilt, daß diese Angabe falsch ist. Tatsächlich findet eine Nachbesteuerung der Waren, die sich beim Händler befinden, überhaupt nicht statt.

„Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ In einer im Kaiserhof abgehaltenen Stadtkonferenz wurde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beraten. Von Vorschlägen sah man ab, weil die Verhältnisse und das Arbeitsmaterial in den einzelnen Städten zu verschieden seien.

Der Fall Schilling wird vor dem Oberverwaltungsgericht als Verurteilung am 21. September verhandelt werden.

„Krieg im Cuambolande.“ In dem Ombolande bringt die Deutsche-Indonesienzeitung die Nachricht, daß Jipumbu, der Häuptling von Luamu, einen Ausbruch nach Ombolande ausgeführt habe.

„Kleine politische Nachrichten.“ Im englischen Unterhaus wurde am Montag die Landesteuerfrage verhandelt, in welcher Sitzung die Ergänzung des Budgets beschlossen wurde.

„Ausland.“ Italien. Gegen den Jansenismus. Rom, 6. September. Das Komitee des Arbeiterverbandes hat beschlossen, für den Fall des Beschlusses des Jansenismus in Italien untere Plagen auszusenden.

„Ausland.“ Spanien. Das Kriegsgesetz in Barcelona. Madrid, 6. September. (L.A.) Das Kriegsgesetz in Barcelona verhandelt gestern gegen zwei dortige Politiker.

„Ausland.“ Schweden. Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

„Ausland.“ Schweden. Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

die angeklagt waren, während der Revolution auf Truppen geschossen zu haben. Der Vertreter der Anklage beantragte, über einen 20-jährigen Buchstaben zu verhandeln, den anderen zu verurteilen, bis seine Verurteilung durch den Generalkonstab von Barcelona erfolgt ist.

London, 6. September. Nach einer in englischen Blättern wiederhergestellten portugiesischen Depesche aus Madrid sind in den letzten Tagen nicht weniger als 1500 Personen unter dem Vorwand verschiedener Teilen Kataloniens verhaftet worden.

Madrid, 6. September. Ministerpräsident Rauza, der nach Madrid zurückgekehrt ist, hat bestätigt, daß die Entsendung des Operationskontingents notwendig sei.

Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

Stockholm, 6. September. Nur in einigen wenigen Druckereien ist die Arbeit heute wieder aufgenommen worden. Die überwiegende Mehrzahl der Typographen verweigerte die Wiederaufnahme der Arbeit.

„Krieg im Cuambolande.“ In dem Ombolande bringt die Deutsche-Indonesienzeitung die Nachricht, daß Jipumbu, der Häuptling von Luamu, einen Ausbruch nach Ombolande ausgeführt habe.

„Kleine politische Nachrichten.“ Im englischen Unterhaus wurde am Montag die Landesteuerfrage verhandelt, in welcher Sitzung die Ergänzung des Budgets beschlossen wurde.

„Ausland.“ Italien. Gegen den Jansenismus. Rom, 6. September. Das Komitee des Arbeiterverbandes hat beschlossen, für den Fall des Beschlusses des Jansenismus in Italien untere Plagen auszusenden.

„Ausland.“ Spanien. Das Kriegsgesetz in Barcelona. Madrid, 6. September. (L.A.) Das Kriegsgesetz in Barcelona verhandelt gestern gegen zwei dortige Politiker.

„Ausland.“ Schweden. Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

„Ausland.“ Schweden. Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

„Ausland.“ Schweden. Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

„Ausland.“ Schweden. Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

„Ausland.“ Schweden. Die Vermittlungsdaktion gescheitert? Stockholm, 6. September. Dagens Nyheter bringen einen scharfen Artikel, weil die Regierung nach weiter abwarten zu wollen scheint.

**Volkswirtschaft.**

**Der Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat und die Braunkohlenindustrie.**

Der Monopolhunger des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats ist noch lange nicht gestillt. Hat dieses Syndikat in der Steinkohlenindustrie heute schon die unbedingte Herrschaft erlangt, so ist doch die Braunkohlenindustrie seiner Macht noch nicht untertan. Aber es dürfte nicht allzu lange dauern, bis auch die Braunkohlenindustrie unter seiner Diktatur stehen wird. In einem nicht unwesentlichen Teil ist die außerordentlich schnelle Entwicklung der Braunkohlenindustrie durch den unerbittlichen Terror des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats angetrieben worden, aber die Braunkohlenwerke beschritten schnell die Wege, die das Kohlenyndikat in der Preispolitik vorgezeichnete. Gleich schnell wie die Bedeutung der Braunkohlenindustrie wuchs entwidelt sich auch Syndikats der Braunkohlenwerke, deren Rückständigkeit gegen die Verbraucher kaum hinter den wichtigsten Wirtschaft des Kohlenyndikats zurückbleibt. Seit langem zeigte sich, daß die maßgebenden Kreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats ihren Einfluß in der Braunkohlenindustrie — nicht nur in der rheinischen, sondern auch in der mitteldeutschen — zu erweitern bestritten sind. Jetzt ist der Frankfurter Zeitung, daß der Kohlenhandels-Gesellschaft Glücken in Kassel das Bergwerkseigentum an einem Braunkohlenfeld von 2,2 Millionen Quadratmeter angeschlossen wurde. Diese Kohlenhandels-Gesellschaft gehört zum Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat, das es solcher Gesellschaften bringt, die in bestimmten Gebieten das Monopol auf den Vertrieb von Steinkohlen haben. Gegen das Wesen dieser Handelsgesellschaften sind die heftigsten Vorwürfe aus den Kreisen der Verbraucher erhoben worden, da die Wucherpreise des Syndikats durch sie vielfach noch besonders gesteigert werden.

Doch im vorliegenden Falle interessiert es besonders, daß durch die Kasser Kohlenhandels-Gesellschaft das Syndikat weiter in die Braunkohlenindustrie eindringt. Das Frankfurter Blatt erinnert daran, daß die Westfälische Kohlenhandels-Gesellschaft in Dortmund vor einiger Zeit ihren Kunden mitteilte, daß sie ein gutes rheinisches Braunkohlenbrikett zu liefern in der Lage sei und deshalb ihren Steinkohlennehmern den Bezug dieses Produkts von anderer Seite nicht mehr gestatten könne, widrigenfalls sie für alle Bezüge von Kohle, Koks und Steinkohlenbriketts die Strafpreiskategorie von 50 Pf. eintreten lassen werde.

Es ließe die Bedeutung dieser Vorgänge verkennen, wollte man sich, wie es das genannte Blatt tut, nur gegen die unerhörte Anwendung und Willkür der Kohlenhandels-Gesellschaften wenden. Schon seit geraumer Zeit veranlaßt, daß von der Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie systematisch auf die Zurückbildung in der Braunkohlenindustrie hingearbeitet wird. Natürlich werden solche Pläne gelegentlich prompt abgelehnt, aber das Vorgehen der Kohlenhandels-Gesellschaften, die selbstverständlich im Einverständnis mit dem Syndikat handeln, ist beweiskräftig genug, besonders wenn man berücksichtigt, daß einzelne Syndikatsmitglieder und einflussreiche Industriemagnaten Rheinisch-Westfälisches erfolgreich bemüht sind, Braunkohlenwerke auch im rheinisch-westfälischen Gebiet ihrer Kontrolle zu unterstellen. Staats- und Gemeindevorstellungen sollten in erster Reihe sich auf Braunkohlenwerke genügenden Einfluß verschaffen, um ihren Verfechtungen Braunkohlenbriketts zu ermöglichen Bedingungen zu sichern, bevor der Wucherpreis wüstenhaft geschloffen ist. Der Rest der Bodenstücke des Landes wird dem Privatkapital zum Raub überlassen. Selbst in weiten bürgerlichen Schichten ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Verstaatlichung allen Kohlenvorkommens wegen des unerbittlichen Terrors der Kohlenyndikats lebendig geworden, aber das sozialdemokratische Preußen befähigt immer von neuem die Herrschaft der wuchernden Kohlenmonopolisten.

**Parteilangelegenheiten.**

**Die Parteiverhältnisse im Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Großberlins.**

Die vor 14 Tagen abgetragene Debatte über den Vortrag des Vorsitzenden Reduktions Scheibel über die politische Lage wurde heute fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Paul Hoffmann in bezug auf Eduard Bernstein folgende Erklärung ab: „Es war niemals die Absicht der Berliner Organisation, den Genossen Bernstein auszuscheiden. Bernstein wurde nicht weniger als andere rednerisch geschulte Genossen zu Referenten aufgeführt. Er hat auch in Berlin und Vororten mehrmals gesprochen, wie er auch öfter unter Erfindungen von Uebernahme von Referaten abgelehnt hat. Die Besprechungen der ihm so notwendigsten gegnerischen Presse sind also nach dieser Richtung hin frei erlassen. Dagegen hat es die Berliner Parteigenossenschaft allerdings stets abgelehnt, die besonderen Seitenbrünge Bernsteins gegenüber zu unterstützen. Unabwägbar ist ferner die Behauptung Bernsteins, er sei von uns 'ausgehungen' worden. Gätte Genosse die Behauptung der Berliner Organisation übertragene Wert, Preis geliefert, so würde der dafür gezahlte Beitrag allein den Vorbehalt Genosse Bernsteins als etwogen charakterisieren. Wir behaupten, daß und wünschen, daß er die unbedingten Vorstände energisch zurückweisen und sich die Hilfe der Segner oder in der Partei Parteigenossen und Genossen, etwaige Differenzen ausschließlich in den eigenen Reihen zu erledigen.“

In der Diskussion sprach als erster Redner Stadtverordneter Dr. Hoffmann (Berlin): Die Rede Bernsteins vor 14 Tagen ist ein Bericht ab (Sehr richtig); aber seine Taten seit der Bildung der Verbannung seien anders zu bewerten, denn er habe es nicht einer unter uns, der im Kampf um Ideen nicht einmal den Fuß der Engländer hätte. (Heiterkeit.) Ich bin nicht unglücklich zur Tagesordnung übergehen können, wenn die Genossen erklären wollten: wir haben eine Dummheit gegenüber dem Rheinischen Zitat eines Bündnisses mit den Preussinnen, ist, indem er verkündete, von einem Wod der Linken könne jetzt noch die Rede sein. Er gebe also die Hoffnung noch nicht auf, mit einem für bündnisfähig halten, einen Wod zu bilden. Und wie häufig habe ein Führer in einen Glacéhandschuh polierter genannt. (Heiterkeit.) Bernsteins getau habe, sei kein Abweichen von der Parteielinie genügt befähigt, um unseren Gegnern entgegenzutreten. Wenn er das aber nicht wolle, müssen wir ihm zurufen: Wenn du zumkommen wollen! (Lebhafter Beifall.) — Dappebusch: Bernstein ist nicht der einzige, der die Partei schädigt. Ich brauche

nur die Namen Calver, Wautendrocher und Schippel zu nennen. Es ist unrichtig, daß wir Bernsteins Montagblatt boykottiert haben. Wenn Bernstein etwas Derartiges in der Volkszeitung behauptete, müssen wir verlangen, daß er erklärt, er habe nicht beabsichtigt, uns vor der ganzen Welt zu blamieren. Von seinen Behauptungen bleibt auch nicht die geringste übrig. — Eduard Bernstein (mit großer Unruhe empfangen): Was ist denn geschehen? Ich habe in einem weitverbreiteten bürgerlichen Blatt einen Artikel veröffentlicht, von dem selbst meine größten Gegner zugeben haben, daß er unangenehm ist. (Unruhe.) Ein Teil der Parteipresse, die mir sonst nicht freundlich gegenübersteht, hat anerkannt, daß der Artikel ein Verdienst war. (Zuruf: Wer denn?) Wie war denn die Sache? Ich kam von Kiel zurück und habe an den Chefredakteur des Berliner Tageblattes, dessen offenes Bestreben es ist, das Blatt immer mehr in eine demokratische Richtung hineinzubringen, einen Artikel geschrieben, daß die Ausübung des Vereinsrechts nicht von untergeordneten Parteigliedern, sondern vom Regierungspräsidenten selbst bestimmt werden darf. Erst die Leipziger Volkszeitung erklärte, mein Artikel verstoße gegen die Dresdener Beschlüsse, und ich dürfte nicht mehr Kandidat im Dresdener Wahlkreise sein. Ich habe in der Berliner Volkszeitung erklärt, als es hier, ich werde ausgehungen, daß ich materielle keine Not leide. Aber es existiert eine Anzahl Parteigenossen, die jetzt die Gelegenheit benutzt, mir etwas an Zeug zu stellen. Was erfahren denn die Berliner Parteigenossen von meiner Kandidatur? (Zuruf: Gar nichts!) Was ich tue, wird systematisch unterdrückt. Nur ein paar Fälle: Es werden von Zeit zu Zeit Parteifürsorge abgehalten, ich habe zwei solcher Kurse in Köln und Brandenburg abgehalten, der Vorstand brachte kein Wort darüber. (Wahl!) Ich habe bei den Landtagswahlen große Wahlfürsorge abgehalten, im Vorstand hat kein Wort darüber gesprochen. Ich habe mich in der Versammlung der Aldeutschen, wo über die Marxfrage diskutiert wurde, herumgesprungen, der Vorstand hat keine Notiz davon genommen. Ich habe in Charlottenburg zehn Vorträge über Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahre gehalten. Nach dem Programm mußte jeder wissen, daß es sich um die Geschichte des Sozialismus handelt. Der Vorstand brachte keine Silbe über diese Vorträge. (Widerbruch und Unruhe.) Vor zwei oder drei Jahren wandte sich ein Schüler der Arbeiterbildungsstätte an mich, ich solle einen Vortragskursus über die generelle soziale Bewegung halten. Alles war abgemacht, da kam Genosse Kautsky und hat mich, davon abgesehen; er fürchte, man werde daran Anstoß nehmen. Ich habe im vorigen Jahre auf Einladung der Universität Präfekt Vorlesungen über Streits und Auswertungen in Deutschland gehalten, die Vorlesungen erschienen in Buchform und französischer Sprache; der Vorstand nahm weder von den Vorträgen, noch von dem Buche Kenntnis. Ich wurde dann aufgefordert, nach Paris zu kommen und in einer großen Versammlung zu sprechen. Alles war abgemacht, da ließ es die Genossen passieren gegen die Versammlung. Aber ich war bereits unterwegs. In der letzten Vorberufung verlor Paul Lafargue einen Brief aus Berlin, in dem es hieß, Bernstein habe in Deutschland ausgesprochen und wolle sich nun im Ausland nach einem Posten umsehen. (Unruhe und Pfuihufe.) Wer hat den Brief geschrieben? (Zuruf: Wer? Nennen!) Ich wandte mich damals an den Parteivorstand. (Zuruf: Nennen!) Den Brief soll geschrieben haben Karl Kautsky. (Große Unruhe. Zuruf: Soll! Unmöglich!) Lafargue drana damit nicht durch, die Versammlung fand statt und verlief glänzend. Im Vorstand stand dann eine einzige Zeile. Sie lautete: „Der Herr Redner war Bernstein.“ Bernstein erklärte dann nochmals die Entziehung der Berliner Mitgliedschaft und seine Stellung zur demokratischen Vereinigung. Es seien heute noch die Komitee der demokratischen Vereinigung verlesen worden, nicht aber das, was ihn dazu veranlaßt. Bernstein schloß: Mich reizt das Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Ich kämpfe dafür leidlich innerlich der Partei. Man kann darüber diskutieren, und wenn abschließen wird, wird man mich nicht auf Seiten der Disziplinieren finden. Ich werde mich aber niemals davon abbringen lassen, meine Ansicht offen und ehrlich zu äußern. (Lebhafter Beifall.)

Redakteur Witz: Solange er Redakteur des Vorwärts sei, habe kein Artikel Bernsteins zurückgewiesen werden können, denn Bernstein habe überhaupt keinen Artikel eingesandt. — Eduard Bernstein: Ich würde geraten, mich bei den Parteimitgliedern zu beschweren, aber Belial sagte mir, die Redaktion des Vorwärts wird schon immer einen Grund haben, wenn sie keine Artikel nicht angenommen hat. Wenn man dann ein- oder zweimal Beschwerden geführt habe, werde man als Querulant angesehen. — Witz (Berlin) nimmt gegenüber dieser Behauptung den Versuch zurück in Schutz. Bernstein habe wieder einmal von sich reden machen wollen und das sei ihm gelungen. (Lebhafter Beifall.)

Referent Schröder: In seinem Schlußwort aus: Die ganze Rede Bernsteins trage von persönlichen Angriffen. Bernstein hat sich in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Es ist über Bernstein mehr gesprochen worden, als seiner politischen Bedeutung entspricht. Es mag angebracht werden, daß das Berliner Tageblatt das einzige große bürgerliche Organ ist, das die Sozialdemokratie im allgemeinen relativ unabhängig behandelt. Wer gerade in den letzten Wochen hat das Berliner Tageblatt durch die Behauptung des scheidenden Generalstreiks betreten, was man ihm zu halten hat. Wir müssen von den Revolutionären unerschütterlich festhalten: Wenn sie auch bei uns nicht wohl fällt, wenn auch unser Parteiprogramm nicht gefällt, so können wir auch die Meinungsfreiheit nicht wachen, aber ihr gehört nicht mehr in den Rahmen der sozialdemokratischen Partei. Es ist in der ganzen Parteischicht ein unerbittlicher Stank, daß heute eine solche Diskussion stattfindet (Sehr richtig), die auch noch nicht zum Schluß kommen, sondern in der Presse ihre Fortsetzung finden muß. Wir können nicht alles überlegen, was die Revolutionäre behaupten, denn dazu würde der Raum des Vorwärts nicht ausreichen. Lesen Sie doch die Sozialistischen Monatshefte, und wenn Ihnen dann als Paraffen nicht eine Maus über die Leber läuft... (Stürmische Heiterkeit.) Bernstein gibt sich immer als der Verfolgte, als Märtyrer aus, das hat ihm die Waise, und Waise-Presse einpendet, und er glaubt es. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir all das Unfugige, was Bernstein geredet hat, im Vorwärts abdrucken wollten, würde das wirken, als wenn eine Eule an die Türflügel angelagelt würde. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Redner empfahl zum Schluß ein Zusammenwirken der politischen Partei und der Gewerkschaften.

Es gelangte dann mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution von Adolf Hoffmann zur Annahme, in der es u. a. heißt: „Die Versammlung erblickt angesichts des schweren Kampfes, den das deutsche Proletariat gegen die Reaktion zu führen hat, namentlich angesichts des alle Energie erfordernden Kampfes um die Demokratisierung des preussischen Wahlrechts, in der unausgeglichenen Verteilung der Parteigrundsätze und Parteistärke durch die Parteigenossen eine schwere Schwächung. Die Partei erwartet von diesen Genossen, daß sie künftig in Reich und Glied den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Reaktion, führen. Zwecklich ist die Versammlung die Zwerfheit aus, daß sich das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft in Zukunft noch inniger als bisher gestaltet.“

Darauf wurde die Versammlung geschlossen. Im Vorwärts spricht sich Genosse Kautsky über den von Bernstein besprochenen Brief an Lafargue aus. Er sagt: „Ich muß gestehen, daß ich zu der Zeit, als Bernstein in Paris eine Versammlung abhalten sollte, einen Brief an Lafargue richtete. Eine Abschrift des Briefes befand ich nicht und der Wortlaut der einzelnen Sätze ist mir nicht einnehmlich. Ich weiß nicht einmal mehr, in welcher Sprache er abgefaßt war. Wahrscheinlich französisch. Mit Bestimmtheit kann ich aber behaupten, daß es mir nie eingefallen ist, zu schreiben, Bernstein solle sich in Russland nach einem Posten um. Ich kann nie auch nur die leiseste

Anbeutung dieses Gedankens geäußert haben, denn ich erfährt von ihm zum erstenmal aus dem W. Z.

Tah Bernstein seine Rolle in Deutschland ausgespielt habe, mag ich in irgend einer Form gesagt haben. Aber in welchem Zusammenhang?

Ich erfährt von der Versammlung, in der Bernstein sprechen sollte, zuerst von Lafargue. Dieser schrieb mir am 20. Januar davon und bat mich, dafür zu sorgen, daß Bernstein nicht der einzige Redner von deutscher Seite in der Versammlung sei, daß von Deutschland auch ein radikaler Genosse nach Paris käme, der in der gleichen Versammlung spreche. Das ist es wohl, was Bernstein unter der geistigen Auswanderung verstand, mit der ihn die „Genossen“ bedrohten.

Mein „Urinobrief“ bildete die Antwort auf diesen Brief Lafargues. Ich teilte ihm mit, daß kaum jemand aus Deutschland von unserer Seite werde kommen können. Das sei aber nicht tragisch zu nehmen. Für Bernstein empfindet man kein Interesse mehr in Deutschland.

Diese Antwort auf Lafargues Mitteilung, diese Ablehnung, irgend etwas zu tun, was Bernstein unangenehm sein konnte, das ist es, was nach Bernsteins-Mojscher Darstellung als ein hinter Bernstein hergehender Urinobrief erscheint, der mich „bei allen anständigen Menschen erlebte“.

Es ist unnötig, auch nur ein Wort weiter zu meiner Rechtfertigung zu verlieren. . . .

Die in Berlin angenommene Resolution, die eine Wiederholung früherer ähnlicher Resolutionen ist, kann unsere Erachtens nicht den Erfolgs haben, den bedauerlichen Zweifel, der in diesen Diskussionen wieder jutage trat, gründlich zu beseitigen. Gleichwohl wollen wir ein Eingehen auf diese Dinge zunächst unterlassen, weil wir nicht dazu beitragen möchten, diese Erörterungen in weitesther Öffentlichkeit auszubreiten und vielleicht den bevorstehenden Parteitag auf Kosten seiner sonstigen wichtigen Aufgaben zu belasten. Wir möchten zunächst lediglich an unsere Parteileitung den Wunsch richten, daß sie, die über dem Streit der Personen steht, sich bemühen möge, durch parteiunabhängige Vermittlung einen Ausweg aus den Berliner Schwierigkeiten zu bahnen.

**Wetterbericht von der Wetterkante an der Augustusbrücke am 7. September, etwa 12 Uhr.**

Barometer:	760. Veränderlich.
Thermometer:	+ 20 °K.
Thermometergraph:	Min. + 8. Maxim. + 20.
Hygrometer:	61 %
Falterstand:	- 173. Wassermenge: + 14.

**Wetterprognose des kgl. Meteorologischen Instituts zu Dresden am den 8. September 1914.**

Südwestwind; veränderlich; wärmer; trocken.

**Dresdner Polizeibericht vom 7. September.**

Vesonnenen wurden zwei stellung- und wohnungslose zwanzigjährige Hausdiener, die Einbruchsdiebstahl in ein Weinrestaurant und Bieranstalt der Altstadt und eine Buchhandlung in Dresden-N. ausgeführt hatten. Es waren ihnen etwa 120 M. bares Geld und verschiedene andere Sachen in die Hände gefallen. Letztere konnten wieder herbeigeholt werden, das bare Geld hatten sie in einem Tage auf einer Bergungstraße nach Berlin verschickt. Die beiden Buchdiener hatten sich zusammengesetzt, um gemeinschaftliche Diebstähle und andere Straftaten auszuführen. Sie hatten sich mit kochenden Schweiß verheben, von denen sie bei einer Ueberredung Gebrauch machen wollten. Außerdem führten sie ein Quantum Pfeffer bei sich, der etwaigen Verfolgern in die Augen geschmeißelt werden sollte.

Infolge eines Chemiekasus ließ am Sonnabend auf der Fußbürger Straße ein alter Kattunmagazinsarbeiter zu Boden. Ein Stadtdienstbote brachte den aus dem rechten Dure blutenden Mann nach seiner Wohnung, von wo aus er auf Anordnung eines Arztes in eine Klinik übergeführt wurde, in der er gestern verschied. Nach dem Autopsieergebnis ist als Todesursache Durchbruch der Schweißblase anzunehmen.

Am der Ecke der Ostlicher und Sebnitzer Straße führte am Sonnabend ein Flohensdienster bei dem Versuch, auf den Vorderausgang eines in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens aufzusteigen, auf die Straße und wurde einige Schritte weit geschleift. Er erlitt bei all dem nur geringe Hautabwürfungen.

**Aus dem Fenster**  
der Wohnung, Polustrasse Nr. 9, 3. Etage, führte heute vormittag das zwei Jahre alte Töchterchen des Arbeiters Schmalpe. Die Mutter hatte kurze Zeit die Wohnung verlassen. Das Kind war sofort tot.

**Letzte Telegramme.**

**Branting über den Kampf in Schweden.**  
Berlin, 7. September. Um die Berliner Arbeiter- und Gewerkschaftskommission für heute im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung einberufen, in der unter Genosse Reichsgraf abgeordnete Hjalar Branting, Stockholm über den Massenstreik in Schweden referieren wird.

**Türkische Ministerkrise.**  
Konstantinopel, 7. September. Der jungtürkische Kamin wird morgen eine von 108 Abgeordneten unterzeichnete Aufforderung an den Handelsminister Koradunglian veröffentlicht, daß er seine Demission einreichen solle, da er nicht mehr das Vertrauen der Kammermehrheit besitzt.

**Der spanische Rif-Krieg.**  
Paris, 7. September. Aus Madrid wird vom 6. d. M. gemeldet: Nach Depeschen aus Melilla haben die Probationsgenossen sowohl auf der Hin- wie auch der Rückfahrt nur wenige Minutenschnelle in der Walfschiffahrt erhalten. Diese Tatsache scheint zu beweisen, daß auf den Gurgubergern nur wenig Feldwachen der Marinen zurückgelassen sind, um die Bewegungen der Spanier zu überwachen, während die Gacha sich in der Richtung auf Rabat-Sellan entfernt hat. Wühn konzentriert sich das Hauptinteresse des Feldzuges jetzt auf die Gegend um El Arba. Nach diesem Lager sind die Truppen der Division Ozaogo abgegangen und wahrscheinlich bereits am Montag dort eingetroffen. Voraussichtlich steht hier eine große Schlacht bevor. Als eine Melonesgenossenschaft gestrichelt in das Lager zurückkehrte, wurde sie zweimal von den Marinen angegriffen. Oberst Fernando Blanco kam von El Arba mit einem Bataillon Infanterie, etwa 50 Mörsern und einer Batterie der Kolonne zu Hilfe und griff den rechten Flügel des Feindes an. Um ihm den Rückzug abzuschnitten. Die Marinen entflohen und ließen etwa 20 Tote auf dem Schlachtfeld zurück.

Ministerpräsidentaura erklärte, daß die Entsendung der neuen Divisionen nach Melilla erfolgt sei, weil General Marina Verhaftungen gefordert habe. Die Vernehmung seiner Streitkräfte sei gerechtfertigt durch die gewalttätige Ausübung, die die spanischen Stellenungen angenommen hätten, die sich jetzt von Melilla bis an die französische Grenze erstreckten.

**Peary am Nordpol.**  
Paris, 7. September. Eine direkte Kabelmeldung Pearys an die Agence Havas bestätigt die Erfüllung der arktischen Expedition am Nordpol.

**Das heutige Blatt umfaßt 10 Seiten.**

# Landtagswähler von Dresden!

Nachdem das Wahl- und Listenamt Dresden den Arbeitern in Massen die Aufnahme in die Wählerliste verweigert und sich hierbei auf eine Anordnung der Regierung stützt, haben die vereinigten Wahlkomitees folgende Maßnahmen getroffen:

**Die um ihr Wahlrecht geprellten Staatsbürger des 1. bis 5. städtischen Wahlkreises, Dresden-Altstadt, werden ersucht, sich umgehend ins Volkshaus zur Erledigung ihrer Beschwerde zu bemühen.**

**Die entrechteten Wähler des 6. und 7. städtischen Wahlkreises, Dresden-Neustadt, wollen sich zu gleichem Zwecke in die Reichskrone, Bischofsweg, oder in den Gasthof Pieschen, Torgauer Straße, begeben.**

Zu diesen Lokalen werden von früh 8 bis abends 9 Uhr Mitglieder der Landtagswahlkomitees anwesend sein, die die Beschwerden entgegennehmen und weiterbefördern.

Arbeiter! Wähler! Die Regierung fürchtet selbst noch unter dem erbärmlichen Pluralwahlsystem den Ansturm der Sozialdemokratie, das beweisen ihre Maßnahmen.

Alle Wähler, die von dieser Entrechtung betroffen werden, müssen deshalb bis auf den letzten Mann erscheinen und ihr Recht fordern!

## Die vereinigten Wahlkomitees.

### Landtags-Wähler des 9. ländl. Wahlkreises!

Es ist festgestellt worden, daß Arbeiterwählern, die über 1600 Mark Einkommen und demzufolge zwei Stimmen haben müssen, eine Stimme abgezogen worden ist, weil sie schulpflichtige Kinder haben. Alle Arbeiterwähler, denen etwas Derartiges passiert, fordern wir auf, **sofort** beim Gemeindevorstand gegen die Wählerliste Einspruch zu erheben. — Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, den Einspruch an den Bezirksausschuß weiterzugeben.

Das Wahlkomitee.

**Noz. Verein Dresden-Altstadt.**  
Freitag den 10. September 1909  
abends 9 Uhr  
**3 Bezirksversammlungen**

1. und 5. Bezirk: Volkshaus.
2. und 3. Bezirk: Adams Restaurant.
4. und 6. Bezirk: Feldschlößchen-Restaurant.

**1. Das neue Landtagswahlgesetz.**  
Referenten: Genossen Fleissner, Nitzsche und Riem.  
2. Bericht aus den Vorstandssitzungen.  
3. Vereindangelegenheiten.

**Witzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.**  
Sonntags feiner Residenz-Ball.  
Komplett mein feines, kleines Saal als Vereinszimmer, zur Abhaltung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfestlichkeiten. Raum für 120 Personen.  
Königswald Witzke.

**Hufarbeiter- und -arbeiterinnen**  
Donnerstag den 9. September, abends Punkt 7, 9 Uhr  
**Versammlung**  
im großen Saal des Volkshauses.

**Tages-Ordnung:**  
1. Die Entwicklung und die Tendenzen der Arbeitnächtwirtschaft und deren Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung.  
Referent: Genosse Göttried, Dresden.  
2. Vereins- und Branchenangelegenheiten.  
Sehr reiches und pünktliches Erheben erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Varieté-Theater**  
**Deutscher Kaiser** | **Eden-Theater**  
Leipziger Straße 112 DRESDEN-N. | Görlitzer Straße 8  
In beiden Theatern täglich  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Einlass 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.  
Vorzugskarten vom Deutschen Kaiser und Eden-Theater haben in beiden Theatern wie bisher Gültigkeit.

### Produktiv-Genossenschaft der Schneider

Galeriestraße 13, I. Etage. — Telephon 19392.

**Anfertigung eleganter Herren-Garderobe nach Maß.**

**Großes Lager solider Konfektion**  
für Herren, Burschen, Knaben und Kinder.

**Berufskleidung! ..... Berufskleidung!**  
Bezugsquelle der organisierten Arbeiterschaft.

### Radeberg!

**Hotel Kaiserhof**  
Donnerstag den 9. September **nur für Damen**  
Freitag den 10. September **nur für Herren**  
Anfang 8 Uhr  
**Populär-wissenschaftl. Lichtbilder-Vortrag**  
**Liebe und Ehe!**  
Vortragender: H. Gortfert, Raundorf.  
Karten, a 30 Pf., beim Vorstehen des Saales und bei  
E. Mengel, Buchhandlung, Radeberg 10.

**Raucht Polologlow Cigaretten**

**Möbel** **Curt Wilkerling**  
Pieschen, Mohrstr. 2. Auch an Aufträge.  
Spezialität: Turmbekleidung

**Paul Kaden** **Wäsche u. Manufakturwaren**  
Pieschen, Torgauer Straße 11.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Robert Grösch, Dresden-Neustadt.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:  
Reinhold Söhler, Dresden.  
Druck und Verlag: Raden & Komp. Dresden.





# Bericht

## Über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

(Fortsetzung.)

Dresden.

In der Generaldiskussion beim Titel Kriegsminister ging der Reichstagspräsident von Bülow ein, ein Generalleutnant, der sehr stark mit der Militärverwaltung im Gericht. Er befragte sich über die Verordnung des Abels, über den Einfluss des Militärkabinetts, über das mangelhafte Weidwerberecht und plädierte schließlich für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch bei der Kavallerie. Der Kriegsminister v. Einem antwortete sehr frei, indem er die Befähigung Häuslers, als Kritiker über Generalverordnungen urteilen zu können, in Frage stellte. Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Stille. Er sprach seine Genehmigung darüber aus, dass auch jetzt von einem Abgeordneten aus bürgerlichen Kreisen mit fastmännlicher Erfahrung für die Verfertigung der Dienstzeit plädiert werde. Unter Redner zog dann die Erwähnung in die Debatte, die beim Neujahrsempfang der Generäle durch den Kaiser stattgefunden hatten.

Er brachte auch Abschläge zur Sprache, die sich für die Notwendigkeit aus den Kontrollrechnungen ergeben. Sie händelten während dieser Zeit plötzlich unter dem Militärstrafgesetz und gaben sich selbst abkündigend häufig schwere Strafen an. Das sei ein ganz unbilliger Zustand. Der Reichstag habe früher schon eine Resolution dagegen gefasst, sie sei aber ignoriert worden. Es sei endlich Zeit, dass die Reichsregierung ihr nachkomme. Unter Redner wurde sich dann gegen das System der bestehenden Deere überhaupt, das durch ein Volkserbe ersetzt werden müsse.

Der Kriegsminister v. Einem hielt sich schäblich durch einen festigen Angriff auf die Sozialdemokratie, wie das ja ein beliebtes Hilfsmittel ist für Minister, die in die Klammern gedrückt werden. Er sah dazu bei ihm eine reichhaltige Rede über die Entlassung des freiwilligen Wehrwehrmanns in Hamburg zur Wahl eines Sozialdemokraten aufgeführt. Diese Rede regierte billige Herr v. Einem natürlich vollständig und meinte dann, wenn ein solches Verhältnis einträte zwischen Arme und Volk, so sei „Schuld daran allein die Sozialdemokratie“. Genosse Roske parierte diesen Redner durch Herrn v. Einem, indem er ihm bezeugte, dass es doch keineswegs im Interesse der Herrschaftsverwaltung liege, die Sozialdemokraten, auf die das Heer angewiesen sei, fortgesetzt als Feinde zu behandeln. Aus den fortwährenden Soldatenunzufriedenheiten zog er den Schluss, dass die herrschenden Kreise nichts Vernünftigeres als die Abschaffung der Wehrverordnungen hätten. Vor allen Dingen müsse dafür gesorgt werden, dass den Soldaten das Wehrverbot nicht verkrüppelt werde. Die Sozialdemokraten haben zu dem Zweck eine Resolution eingebracht, die eine Reform des Wehrverbotgesetzes fordert. Es koste dem deutschen Volk Menschenleben, wenn der Kriegsminister sich nicht endlich dazu aufschwingt, das Wehrverbot zu machen. Dass die Sozialdemokratie nicht dem Heere, wohl aber der Herrschaftsverwaltung feindlich gegenüberstehe, sei nur zu bezeugend.

Als in die letzte Zeit hinein ist in den Zeitungen davon berichtet worden, dass, wenn friedliche Arbeiter für politische Forderungen demonstrieren, Soldaten mit scharfen Patronen bereit gehalten werden, um gegen das Volk loszugehen. Wie kann angesichts solcher Dinge ermahnt werden, das das Volk, das wir irgendwelche Sympathien für diese Art des Herzensüberschusses haben sollen? Wenn wir dem Kriegsminister kein Gehalt und kein Gehaltszuschuss würden, müssten wir keine Spur von Selbstgefühl und Würde im Leibe haben.

Herr v. Einem lobte nunmehr zum zweiten Male gegen die Sozialdemokratie. Er bezichtigte sie, die Soldaten zum Gebrauch aufzuführen und behauptete fälschlich, Kautsky habe erklärt, die Soldaten sollten den Krieg durch Dienstverweigerung vereiteln. Zu dem Zweck verlas er Stellen aus Kautsky's Broschüre über Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie. Den Sozialdemokraten wurde jedoch klar, dass da zwischen der Stellen ausgelassen seien. Lebhafte Proteste wurden dem zum Ausdruck. Am folgenden Tage rechnete Genosse Franke mit dem ministeriellen Präsidium ab. Er behauptete, dass die Sozialdemokratie zum Dienst, indem er erklärte, es sei noch niemals von der Sozialdemokratie zu einem Zweck des Patriotismus aufgeführt worden. Wohl aber ließen sich zahlreiche geschichtliche Beispiele anführen, dass Könige und Minister sich in kritischen Momenten für berechtigt gehalten hätten, den Wehrverbot zu brechen.

Herr v. Einem redete sich darauf hinaus, Kautsky habe doch nur aus Zweckmäßigkeitgründen dem Wehrverbot abgetreten, aber es gelang ihm in keiner Weise, die Ueberführung wegen seiner Unaufrichtigkeit zu entlocken. Schließlich wurde eine Anzahl Resolutionen angenommen; zwei Resolutionen der Sozialdemokraten und des Zentrums betreffen eine Reform der Kontrollrechnungen und eine der freiwilligen, die eine Reform des Militärstrafrechts verlangt. Für beide stimmte auch die Sozialdemokratie.

Bei den einzelnen Titeln brachte dann noch Genosse Wähle zur Sprache, dass in einer früheren Resolution die Militärverwaltung aufgeführt sei, Arbeiten nur an solche Unternehmer zu vergeben, die mit ihren Wehrleitern Tarifverträge abgeschlossen hätten. Er stellte sich, dass diese Forderung in keiner Weise berücksichtiglich worden sei. Ferner verlangte er, dass die Militärverwaltung wirklich nicht den beschwerlichen Anforderungen. Die Verhandlung der Verwaltung soll endlich dafür sorgen, dass den Arbeitern eine menschenwürdige Behandlung und eine anständige Bezahlung zuteil werde. Oberst Wandel erklärte darauf, die fragliche Resolution unterliege der Erörterung der beteiligten Ressorts. Genosse Rübke teilte einige Ausführungen durch eine Anzahl von Wehrleitern mit, die Arbeiter in den Militärwerkstätten in Spandau und wiederholte die Forderung, dass die Militärminister den Wehrleitern nicht eine unläutende Konkurrenz machen sollten. Genosse Sedewitz teilte dem Ministerialrat für die Wehrverben der Wehrleiter ein. Auch da warieten die Arbeiter nach vergeblich, dass die Resolution wegen der Tarifverträge und der Arbeiterausweise in Kraft setze werde.

### Die Kolonialverwaltung.

Die deutschen Kolonien erfordern auch in diesem Jahre wieder erhebliche Zuschüsse. Trotzdem kein Kolonialkrieg diese Summen insoweit aufzuheben ließe, beläuft sich der Reichszuschuss auf 34 1/2 Millionen Mark.

Der Staatssekretär Dernburg brachte aus Südwestafrika die Nachrichten von Diamantenfunden zurück, die dort in den unmittelbaren Küstengebieten gemacht sind. Er prophezeigte, dass die Ausbeute, dass die Kolonie Südwestafrika in kommenden Jahren dazu führen wird natürlich bei allen Kolonialpolitikern hohe Befriedigung erwecke, als Vorkämpfer der Handelsinteressen und die Vorkämpfer der Kolonialinteressen im Hause aneinander. Hauptächlich handelt es sich dabei um die verschiedene Auffassung, wie die Niger in der Kolonie zu behandeln seien. Die Handelsinteressen in der Kolonialverwaltung bespricht sich mehr Vorteile von der Verwaltung dieser Tropenländer durch selbständige Betriebe der Kolonialverwaltung in Südwestafrika, wo die ausständigen Deere und vorwiegend vollständig ihres Eigentums beraubt und nunmehr zu wüstenhaften Ausbeutungsobjekten für die weißen Farmer gemacht

Genosse Eichhorn trat der Behauptung entgegen, dass die Sozialdemokratie geneigt sei, ihre Stellung zur Kolonialpolitik zu ändern. Wir würden einer Kolonialpolitik, die auf Ausbeutung und Unterdrückung hinauskommt, unter allen Umständen feindlich gegenüberstehen. So habe der Feldzug gegen die Deere und Gottenlotter dem Lande mehr Schaden gemacht, als alle Dernburgianer gutmachen könnten. Die wirtschaftlichen Schilderungen Dernburgs über Diamantenfunde hätten zunächst dazu geführt, ein wildes Börsenspiel zu entfesseln. Durch den Vermögensverlust gegen die Deere sei das Land fast völlig von eingeborenen Arbeitern entblößt worden. Genosse Roske meinte, es würde sich zeigen, dass die Sozialdemokratie wie auf so vielen anderen Gebieten mit der Zeit auch bei der Beurteilung kolonialpolitischer Fragen recht bekommen werde. Er ging dann auf die Frage der Besiedelung Ostafrikas ein. Es sei noch nicht erwiesen, dass wirklich am Nigerbau ein Erfolg zu erzielen sei. Ostafrika doch ein Negerland bleiben; die 10 Millionen Negere könnten als ein Land freier Negerbauern eine Zukunft haben, nicht aber als ein deutsches Plantagenland. Genosse Roske unterzog dann das neue Gemeindefutur für Südwestafrika einer Erörterung; er erklärte es für verworfen, dass man den Eingeborenen jede Teilnahme an der Gemeindeführung abschneide und dann obenrein den Weigen das Recht gebe, die Eingeborenen zu arbeiten für die Gemeinde zu zwingen, während das den Weigen nicht zugemutet werde. Es sei doch ein Gebot einfacher Sitte, die Eingeborenen in Südwestafrika nicht schlechter zu stellen, als das in den benachbarten englischen Kolonien der Fall sei.

Der Staatssekretär Dernburg kamte in Erwiderung auf die Ausführungen der beiden Sozialdemokraten wieder die Behauptung aus, die einzigen Leute, die in Deutschland einen baren Vorteil von der Kolonialpolitik gehabt hätten, seien die deutschen Arbeiter, worauf ihm von den Sozialdemokraten zugeantwortet wurde: „Fragen Sie mal bei Lippelsch u. Komp. an!“ Hauptsächlich die Behauptung auch an sich vollendetem Unfimt, denn die deutschen Arbeiter haben als Reichssteuerzahler Tausen Geldes zur Erhaltung der Kolonialpolitik beigetragen, demgegenüber fällt das höhere Arbeitsverdienst einzelner Arbeiter bei dem geringfügigen Export nach den Kolonien gar nicht ins Gewicht. Genosse Ledebour bemängelte, dass eine im vorigen Jahre auf einen sozialdemokratischen Antrag hin angenommene Resolution, welche die Rückgabe von Land an die Eingeborenen forderte, in keiner Weise, ebensowenig wie eine ähnliche für Togo, befolgt worden sei. Er legte dann dar, wie utopisch die Dernburgsche Kolonialpolitik sei.

In diesem Jahre kam abermals eine Vorlage der Regierung zur Subvention einer Postdampferverbindung mit Guinea. Während im Vorjahre der Reichstag sich nur darauf einlassen wollte, wenn von der verlangten Subvention von 770 000 Mark 270 000 Mark gestrichen würden, liegen sich diesmal die bürgerlichen Parteien zur Bewilligung der ganzen Summe bewegen, trotzdem nachträglich der deutsche Handel in jenen Gebieten äußerst geringfügig ist und stets durch die näherliegende japanische Konkurrenz zurückgedrängt werden muss. Nur die Sozialdemokratie stimmte gegen die Vorlage.

Ein eigenartiges Nachspiel erhielten die Kolonialdebatten gelegentlich einer Ueberfahrt der Ausgaben des südwestafrikanischen Schutzgebietes für das Rechnungsjahr 1901. Die Rechnungskommission hatte herausgefunden, dass in jenem Jahre von einem Beamten für Überbauarbeiten im Staatsmann 320 000 M. ausgegeben waren, ohne dass dafür irgendwelche Gelder vom Reichstage bewilligt worden wären. Die Kommission hatte deshalb schließlich beantragt, die Decharge für diesen Betrag zu verweigern. Herr Dernburg gab sich große Mühe, den Reichstag zu einer gegenläufigen Ansicht zu bewegen. Aber den Darlegungen der Kommissionmitglieder, des Nationalliberalen Goerde, des Zentrumsabgeordneten Schwärze und unseres Genossen Ulrich gelang es, das Thema davon zu überzeugen, dass hier einmal ein Beispiel gegeben werden müsse und es wurde, nachdem ein Verhandlungsausschuss des Reichstages abgelehnt war, schließlich am letzten Sitzungstage einstimmig die Decharge für diesen Betrag verweigert. Die Affäre wird nunmehr noch ein gerichtliches Nachspiel haben müssen, auf dessen Ausgang man gespannt sein kann.

(Fortsetzung folgt.)

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Bezirksgruppe Sachsen des Verbandes der Bureauangestellten und Krankenkassenbeamten hielt am Sonntag den 6. September eine Bezirksversammlung im Volkshaus in Chemnitz ab. Anwesend waren 25 Vertreter aus allen Teilen Sachsens. Aus dem vom Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Hugo Krüger-Dresden, erstatteten Geschäftsbericht war zu entnehmen, dass die Organisation im letzten Jahre Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Ortsgruppen in Sachsen ist von 8 auf 15 gestiegen. Die Mitgliederzahl beträgt 850. Hiervon sind 502 Krankenkassenbeamte und 292 sonstige Bureauangestellte. Die Bezirksgruppen-Einnahme betrug 1156 M., die Ausgabe 598 M. Man beschloss eine Erhöhung der Beiträge der Ortsgruppen an die Bezirkskasse. Im Anschluss hieran referierte Friedrich Kleeis-Burg den über die Verhältnisse, die der Entwurf der Reichsversicherungsordnung für die Krankenkassen-Angestellten bringt. Die Veranlassung nahm eine vom Referenten vorgelegte Resolution an und erklärte, dass nur unter der freizeiligen Selbstverwaltung eine geordnete Entwicklung des Krankenkassenversicherungswesens möglich ist. Die Vorkämpfer gegen die Kassenbeamten seien im so unverständlicher, als dieselben in vollem Maße seit ihrer Aufgabe erfüllt habe. Im übrigen trat die Versammlung den Beschlüssen bei, die der am 20. Mai 1909 in Berlin abgehaltene Kongress der Krankenkassenbeamten fasste.

Die Versammlung nahm hierzu Stellung zu den bei einigen Ortskrankenkassen bestehenden Prüfungsordnungen. Man beschloss einige Schritte, die zur Beseitigung dieser Einrichtung führen sollen, da sie den Interessen der Kassenangestellten zuwiderlaufen. Hugo Krüger-Dresden referierte sodann über den neuen „gelben“ Verband sächsischer „nationaler“ Kassenbeamter. Nach langer Debatte hierüber, in der manch derbes Wort gegen die nationalen Elemente fiel, wurde eine Resolution angenommen, nach der der gelbe Organisation jede Berechtigung abgesprochen wird, sich eine wirtschaftliche Interessenvvertretung zu nennen. Ihre Gründung habe nur den Zweck, reaktionäre Verordnungen hinsichtlich der Umgestaltung der Arbeiterversicherung zu fördern. — Hugo Wrenke-Leipzig sprach hierauf über die gegenwärtigen Verbände und die Anbahnung einer einheitlichen Organisation unter den sächsischen Anwaltsangehörigen. Er besagte, dass die gewerkschaftliche Organisation unter diesen Personen wenig Fortschritte mache. Man beschloss die Herausgabe eines Flugblattes für die Rechtsanwaltsangehörigen. — Friedrich Kleeis-Burg sprach über die Durchföhrung der zwischen den Ortskrankenkassen und dem Verband der Bureauangestellten abgeschlossenen Tarifgemeinschaft. Er konnte nicht viel Erfreuliches berichten. Im Jahre 1908 haben vier Klassen mit 10 000 Mitgliedern den Vertrag eingeföhrt. Redner forderte rege Agitation für Durchföhrung des Tarifvertrages, der einen Schutz für die Wirkungen der Reichsversicherungsordnung bedeute. Zu Vertretern der Angehörigen in das Bezirksamtamt wurden Kleeis-Burg, Krüger-Dresden und Kändler-Chemnitz gewählt. Als Sitz der Bezirksleitung wurde wieder Dresden (als Poststraße Krüger und Schulze) und als Ort der nächsten Tagung Freiberg gewählt.

### Notizen.

**Wagung, Bauarbeiter!**

Bei den Firmen Kölscher und Köhnig u. Co. auf dem Schlachthof ist die Arbeit eingestellt worden. Um Fernhalten des Au-

zuges wird gebeten. Arbeiterfreundliche Blätter werden im Abdruck erlucht.

**Wagung, Bauarbeiter!**

Die Zimmerer und Bauarbeiter des Neubaus von Symant auf der Schläterstraße haben heute wegen Differenzen die Arbeit eingestellt.

### Inland.

#### Streikbrecherzucht.

Nachdem in Hamburg der Kampf im Baugewerbe beendet ist, verlassen die durch die Vermittlung der Streikbrecheragentur (in Firma Auguste Müller-Wandsbel) herbeigeföhrten Arbeitswilligen nunmehr Hamburg, wie die Statlen das sinkende Schiff. Ein Teil dieser nützlichen Elemente ist von der Firma Auguste Müller nach Schweden geschickt, ein kleinerer Teil ist mit den Kiel beim Streik der sächsischen Arbeiter Hausverdienstleistungen leistenden nunmehr nach Ederfürde transportiert, um dort den Bauunternehmern als Engel in der Not zu erscheinen. Nachdem die Unternehmer sechs Wochen lang vergeblich nach Streikbrechern ausgeschaut hatten, ist „Auguste Müller“ nun mit 68 Mann angeliefert. Unter dieser Kolonne befinden sich zum größten Teil Bauarbeiter der Unternehmung aber nur zwei Zimmerer und sieben Maurer, alle anderen sind eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, die sich in vielen anderen Berufen schon versucht haben. Um diese Gesellschaft an den Bauten beschäfftigen zu können, haben die Unternehmer Handwerkszeug für Maurer gekauft, womit nun diese Arbeitswilligen zur „Gebung des Handwerks“ wiefen. Die streikenden Maurer und Zimmerer haben an diesen „Bauarbeitern“ ihre besondere Freude gehabt, die aber leider nicht lange dauern sollte. Zu den an den Bauten ständig stationierten Genossen sind noch zwei weitere gekommen, die jeden, der irgendwie einem Streikenden ähnlich sieht, in angemessener Entfernung von den Bauten anhalten. Zum Teil sind diese Hausverdiener recht vornehm untergebracht. Wenn in der Stadt jeder anständige Mensch sich weigert, diesen hofmannschen Gestalten Logis zu gewähren, so haben die Unternehmer ihnen in zwei Hotels, die sonst von Sommerfröhlern frequentiert werden, und in der GutsMuthsplatz Quartier verschafft. — Die bei der jetzt herrschenden schlechten Witterung allerdings nur in geringer Anzahl vorhandenen Badegäste haben an dieser Einquartierung ihre ganz besondere Freude. — 12 bis 15 Mann umlagerten am Montag und Dienstag das Streikbureau in einem kaum wiedergewanderten Zustande und verlangten Geld zur Abreise. Die Streikkommission verteidigte selbstverständlich jede Forderung.

#### Das Koalitionsrecht der Handlungsgesellen.

In W i n n e n hielt der Verband deutscher Handlungsgesellen (Leipzig) seinen Verbandstag ab. Zu dem Punkte: Das Koalitionsrecht der Angestellten wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag spricht sein tiefes Bedauern aus, dass in einer Zeit der ausgeprägten persönlichen Freiheit der Verband hantlicher Metallindustriellen seinen Mitgliedern anraten konnte, die Angehörigen verschiedener Verbände aus ihren Stellungen zu entfernen oder nicht mehr einzustellen. Wenn auch auf Grund gegenseitiger Aussprache der Angriff auf das Koalitionsrecht zurückgezogen wurde, so hat doch der Versuch Nachahmung gefunden, und es ist noch wie vor größte Wachsamkeit am Plage. Der Verbandstag legt Verwahrung gegen diese Bestrebungen ein und spricht sich nicht allein für moralische, sondern auch materielle Unterstützung der auf solche Art gefährdeten Mitglieder aus. Der Verbandstag richtet an die Staatsbehörden, den Bundesrat und den Reichstag das dringende Ersuchen, durch Gesetzgebungsmaßnahmen das Koalitionsrecht in völlig einwandfreier Form wiederherzustellen. Der Verbandstag erklürt eine tatkräftige Unterstützung dieser Forderungen darin, dass Gemeinden und andere öffentliche Verwaltungen ihre Aufträge nicht an solche Firmen erteilen, die in den Lieferungsverträgen das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten nicht achten.

Der Vorsitzende Georg Hiller betonte in der Eröffnungsansprache, dass die Handlungsgesellen im Einvernehmen mit den zugehörigen Arbeitgeberverbänden und mit dem Bundesrat und mit den Prinzipalverbänden ihre sozialpolitischen Wünsche und Forderungen zu erreichen suchen werden.

Wie weit der Leipziger Verband damit kommen wird, bezagen die in der Resolution beröhrten Tatsachen.

**Die Schneider und Maschinenarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen**

sind in den Streik getreten. Die Unternehmer wollten die Verhandlungen davon abhängig machen, dass zugleich auch mit über einen Vertrag für Frankfurt a. M. verhandelt werde. Diese Bedingung wurde schon aus dem Grunde abgelehnt, weil die Frankfurter Unternehmer bisher sich nicht als vertragsfreundlich erwiesen haben. Am Streik sind etwa 750 Arbeiter beteiligt. Nach den beiden Städten ist Zugang streng fernzuhalten.

#### Streik der Holzarbeiter in Eilenburg.

In Eilenburg sind die Tischler, Maschinenarbeiter und Drechsler ausständig. Eilenburg ist für die Möbelindustrie infolge der noch recht unangünstigen Arbeitsbedingungen ein sehr gefürchteter Konkurrenzort. Die dortigen Unternehmer haben nicht nur jede Verbesserung für die Arbeiter abgelehnt, sie sind auch gleich mit der Entlassung vorgegangen. Vor Zugang wird gewarnt.

**Keine gewerkschaftliche Nachrichten.** Eine am Sonntag in Weelin stattgefundene Versammlung des Zentrumsverbandes deutscher Frauerearbeiter hat beschlossen, den im Jahre 1907 geschlossenen und am 31. März 1910 ablaufenden Tarifvertrag mit den Brauereien Groß-Berlins zu kündigen. Begründet wurde dieser Beschluss damit, dass die letzten Lohn erhöhungen durch die ganz erhebliche Verteuerung aller Lebensmittel und der sonstigen für die Arbeiter notwendigen Bedarfsartikel, hervorgerufen durch die volkshenfeindliche Steuerpolitik der Reichsregierung und des Reichstages, längst wieder aufgehoben sind. — Der Holzarbeiterstreik bei Schmitz und Diepenbrock in Mittenfelsen, an dem der freie Verband und der christliche Verband beteiligt sind, dauert fort. Da die Organisationen arge Last haben, die Streikbrecher abzuwehren, wird um Fernhaltung des Ruuges gebeten. — Die Holzarbeiter in Luckenwalde stehen in einer Lohnbewegung. Lautenwalde bedort ebenfalls zu den Städten, in denen die Unternehmer den Leipziger Schiedsspruch vom vorigen Jahre nicht anerkannt haben und für die darum keiner eine vertraglose Zeit gewiesen ist. — Die Schleifereibesitzer in Hamburg haben den Glasschleifern einen Tarif unterbreitet, der für die Arbeiter unannehmbar ist. Die Arbeiter haben den Tarif abgelehnt und sind bereit, den alten Tarif auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Wenn die Unternehmer darauf nicht ein, dann dürfte es am 1. Oktober zum Kampfe kommen. Es werden deshalb schon jetzt alle Glasschleifer erlucht, Hamburg zu meiden.

Das neuerschene Mittel der sächsischen Apotheker



**Richard Brandt's**  
**Schweizerpillen**

ist die Erfindung des sächsischen Patentisten in Berlin unter Nr. 10 100 geschützt, und hat nach den Erfahrungen der letzten Jahre sich als ein Mittel erwiesen, welches von den Patienten am besten vertragen wird. Es wirkt auf das Blut ein, verbessert die Verdauung, hebt die Kräfte, wirkt beruhigend und ist ein Mittel, welches bei allen Krankheiten, die mit einer Störung der Verdauung, des Blutes und des Herzes verbunden sind, angewandt werden kann. Es ist ein Mittel, welches bei allen Krankheiten, die mit einer Störung der Verdauung, des Blutes und des Herzes verbunden sind, angewandt werden kann.

Schiffhausen (Sachsen).  
H. G. form, Apotheker Richard Brandt.





### Der Nordpol abermals erreicht

Nach Peary am Nordpol

Nähen in die Kaiserreichsflotte hinein, die der Befehlshaber Dr. Cook getrieben wird, bringt heute die Nachricht, daß auch Peary am Nordpol gewesen ist. Wie bei Nansen'scher Expedition nach Nordpol (Arktisland) selbst wurde bei dem Versuch, am Nordpol zu landen, ein Expeditionskorps (Arktisland) ein beschlossenes Expeditionskorps (Arktisland) in beiden Peary selbst, daß er den Nordpol erreicht habe und in dem er weitere Expeditionen zu dem Zwecke an der Entdeckung begründet hat, da der Nordpol und die Kaiserreichsflotte (Peary) Komplexen Expeditionen seien. Die Nachricht wurde, wie die Kaiserreichsflotte Peary selbst, in Indianerboot auf Labrador am Nordpol angekommen und von dort auf telegraphischen Wege über New York am Nordpol weitergeschickt. Die Expedition (Peary) Komplexen Expeditionen sei. Die Nachricht wurde, wie die Kaiserreichsflotte Peary selbst, in Indianerboot auf Labrador am Nordpol angekommen und von dort auf telegraphischen Wege über New York am Nordpol weitergeschickt. Die Expedition (Peary) Komplexen Expeditionen sei. Die Nachricht wurde, wie die Kaiserreichsflotte Peary selbst, in Indianerboot auf Labrador am Nordpol angekommen und von dort auf telegraphischen Wege über New York am Nordpol weitergeschickt. Die Expedition (Peary) Komplexen Expeditionen sei.

Bereits im Frühjahr des Jahres 1906 aber machte beim Peary auf einer Expedition der Nordpol ein Nordpol eine Expedition, die nachteiligere Seite wenig Beachtung gefunden hat. Er ist zum ersten Mal von Nordpol ein Nordpol, mit (Arktisland) Expeditionen gefolgt, das er Nordpol selbst und auf seiner Seite in etwa 83 Grad nördlicher Breite und 200 Grad westlicher Länge ein Nordpol. Er hat die Expedition, auf seiner letzten Expedition dieses Nordpol aufgefunden und näher zu erforschen. Nach den bisher über die Expedition Dr. Cook's weitergehenden Nachrichten hat man jedoch Nordpol nicht mehr als das nördlichste Land der Erde betrachtet. Denn in 84 Grad nördlicher Breite und 80 Grad westlicher Länge hat Cook die Rüste eines neuen Landes gefunden. Die Entdeckung dieses Landes von Nordpol selbst beträgt aber nur etwa 300 Kilometer. Je daß die Kunde noch bestätigt ist, daß es sich möglichst am ein ausgebreitetes Landgebiet handelt, dessen Rüste an zwei verschiedenen Stellen von beiden amerikanischen Expeditionen gefunden worden ist. Abermals dürfte die Kunde nach neuen Entdeckungen, die seit einigen Jahren im Westen der amerikanischen westlichen Küste im Ozean, aber bisher unbekannt geblieben ist, größere Aussicht auf Erfolg in Nordpol von Nordpol selbst haben. Die Kunde aber, daß das nördlichste Landgebiet zum Nordpol größtes Teil von Nordpol selbst ist, hat mindestens einen besten Erfolg erlitten.

### Von Cook's Persönlichkeit

Insgesamt mit dem erfolglosen Nordpolfahrer Dr. Cook ist die wissenschaftliche Welt im allgemeinen wohl weniger bekannt als die Welt der Expeditionen. Die Nachricht von der Expedition des Nordpols ist unter Expeditionen in ihrer unerschütterlichen Ausdauer erlitten als am Ende des Jahres 1906 von einem Dr. Cook der Nordpol erreicht worden ist. Der Nordpol erreicht nicht, daß diese Nachricht erst Monate später in der Naturwissenschaften bekannt werden wurde und nur in Deutschland selbst mit Cook persönlich bekannt geworden und für die Expeditionen begleitet wurden. Der erste persönliche Erlebnis, das nur von Cook selbst, als wir ihn in Expeditionen kennen, hat den Namen gewonnen. Cook, der 45 Jahre alt ist, von mittlerer Größe, aber mit großer Figur. Auf dem Rücken trägt er eine Fingerhut, deren Spitze ein Messer, eine stehende Posten mit einer Hand, die gerade nach unten herunterhängt. In der Tat hat man Cook nicht als einen Mann, der sehr jung nach Amerika kam, aus dem Ozean von Nordpol. Er hat einen sehr hübschen, gut gebauten Körperbau, der sehr gut in der Expeditionen geeignet ist. Er hat einen sehr hübschen, gut gebauten Körperbau, der sehr gut in der Expeditionen geeignet ist. Er hat einen sehr hübschen, gut gebauten Körperbau, der sehr gut in der Expeditionen geeignet ist.

### Goetz erhebt Vorwurf über seine Rüste

Goetz wird nach Cook's erster Vortrag über seine Rüste, den er am 29. August vor den Wissenschaften und den Offizieren an Bord des Dampfers hielt, nachdrücklich bezeugt worden und auf Grund der vielen persönlichen geographischen Mitteilungen noch ergänzt. Cook hatte zunächst nur die Rüste, eine Expedition zu einem geographischen Gebiet unter dem Namen von Nordpol, John A. Wood, zu unternehmen. Cook hatte einen Vorwurf, mit dem Nordpol selbst er in der Rüste, hat den Namen in der Rüste zu haben, aber für 19 Monate bevorzugen. In Sommer 1907 hat John A. Wood (Hoffmann) berichtet. Die Expeditionen hat er mit dem Nordpol selbst er in der Rüste zu haben, aber für 19 Monate bevorzugen. In Sommer 1907 hat John A. Wood (Hoffmann) berichtet. Die Expeditionen hat er mit dem Nordpol selbst er in der Rüste zu haben, aber für 19 Monate bevorzugen. In Sommer 1907 hat John A. Wood (Hoffmann) berichtet.

### Kleine Mitteilungen

Die verheerliche Streit ist zwischen den Wissenschaftlichen der amerikanischen und der russischen Seite der Arktisfälle, insbesondere handelt es sich um das Schicksal der beiden Expeditionen, die in den Jahren der Arktisfälle haben ein Ende gefunden und durch die Expeditionen selbst immer noch der amerikanischen Seite getrieben werden. Die Expeditionen selbst immer noch der amerikanischen Seite getrieben werden. Die Expeditionen selbst immer noch der amerikanischen Seite getrieben werden. Die Expeditionen selbst immer noch der amerikanischen Seite getrieben werden.

### Neue Bücher

Wissenschaftliches-Kalender für 1910. Verlagsanstalt der Dresdner. Der Kalender enthält das keine Buch, das sich in den dreizehnten Monaten des Jahres. Die Kalender enthält das keine Buch, das sich in den dreizehnten Monaten des Jahres. Die Kalender enthält das keine Buch, das sich in den dreizehnten Monaten des Jahres.

### Dresdner Kalender

Theater. Repertoire von 8. September. Opernhaus. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte.

### Internationale Meteorologische Konferenz Dresden 1909

Internationale Meteorologische Konferenz Dresden 1909. Internationale Meteorologische Konferenz Dresden 1909. Internationale Meteorologische Konferenz Dresden 1909. Internationale Meteorologische Konferenz Dresden 1909.

### Jugend-Bildungsverein von Dresden

Jugend-Bildungsverein von Dresden. Jugend-Bildungsverein von Dresden. Jugend-Bildungsverein von Dresden. Jugend-Bildungsverein von Dresden.

### Jugendausschuß

Jugendausschuß. Jugendausschuß. Jugendausschuß. Jugendausschuß.

ein so schmerzhaftes Gefühl nicht zu empfinden, wie ein Mensch, der die Welt um sich herum nicht versteht. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen.

Da ist er in der Welt, der die Welt um sich herum nicht versteht. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen.

Da ist er in der Welt, der die Welt um sich herum nicht versteht. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen.

Da ist er in der Welt, der die Welt um sich herum nicht versteht. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen. Die Welt ist ein großes Buch, das wir nicht verstehen können, wenn wir nicht versuchen, es zu verstehen.

### Umschau

### Theater

Theater. Opernhaus. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte.

### Religionslehre

Religionslehre. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte. Die Kaiserreichsflotte.

Die Geschichte des Schlosses der Frevel...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...

Das Schloss der Frevel... Roman von Ferdinand Stenberger...